

Rainer König

KI gegen Bürokratie – Konkrete Ansätze für weniger Regelflut und mehr Effizienz



Bürokratie sichert einerseits den Rechtsstaat sowie soziale Sicherheit und Verlässlichkeit. Sie führt andererseits aber auch oft zu einer überbordenden Regelflut – insbesondere, wenn institutionelle Dynamiken den Prozess zusätzlich anheizen.

Die beschreibt ein aktueller Spiegelartikel zum ominösen Lieferkettengesetz sehr anschaulich.

Hier kommt z.B. ein hessischer Mittelständler zu Wort, der Woche für Woche mindestens einen halben Arbeitstag für die bürokratischen Regeln aus Brüssel und Berlin investieren muss, „ohne dass ersichtlich wäre, wie die Informationen seinen Betrieb, seine Auftraggeber oder den Standort Deutschland der Klimaneutralität näherbringen könnten. »Offenbar«, vermutet er, »ist da etwas gewaltig aus dem Ruder gelaufen«¹

Wirtschaftsverbände und Mittelstandsvertreter fürchten deshalb, dass selbst von der Leyens Entbürokratisierungsinitiative dasselbe Schicksal beschieden sein könnte wie ihren vielen Vorläufern: Am Ende gab es stets mehr Vorschriften statt weniger.

Warum ist das so? Jetzt kommen wir zu den institutionellen Dynamiken, die aus sinnvollen Ideen bürokratische Monster machen:

„Da sind die Kommissare, die darum wetteifern, wer die umfassendsten und detailliertesten Regelwerke auf den Weg bringt. Da sind die Parlamentarier, deren Selbstbewusstsein sich aus der Zahl der Paragraphen speist, die sie ins Amtsblatt der Europäischen Union drücken. Und dann sind da die Lobbyisten, die sich bestens darauf verstehen, das Brüsseler Getriebe in ihrem Sinn zu manipulieren.“²

Und zusätzlich sind dann da auch noch auf Bundes- und Landesebene die ihren Chefs willfährig zuarbeitenden Ministerialreferenten und parlamentarischen Partei- und Ausschuss-Soldaten, deren Selbstbewusstsein und Karriere sich aus der Zahl der Zusatz-Paragraphen speist, die sie in das in Deutschland dann verbindliche Regelwerk noch reindrücken.

„»Das Ergebnis ist eine überladene und unkoordinierte Gesetzgebung, die in der Wirtschaft vor allem Unsicherheit produziert«, sagt der CDU-Europaparlamentarier Axel Voss, der viele der Richtlinien mit erarbeitet hat. »Zum Teil wusste die eine Hand nicht, was die andere tut.«³

Halten wir fest: ein wichtiger Motor der in Deutschland und Europa so beliebten Regelflut ist die Profilierung und Selbstdarstellung der Politiker und Beamten auf allen Ebenen. Heraus kommen Vorschriften, die oft mehr dem Selbsterhalt dienen als der praktischen Problemlösung.

¹ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/lieferkettengesetz-ursula-von-der-leyen-will-buerokratische-auswuechse-eindaemmen-a-01a04f41-711f-4c36-a17e-b>

² Ebd.

³ Ebd.

Bürokratiewachstum bezeichnet also kein geheimnisvolles Monster, sondern ein soziales Phänomen, dass durch die Motive der hier involvierten Menschen getragen wird. Anders formuliert: Der bürokratische Ballast kommt nicht allein durch neue Gesetze, sondern vor allem durch institutionelle Anreizstrukturen und den Drang nach Selbstdarstellung der hier involvierten Menschen zustande.

Beides könnte auch erklären, dass vor allem in Deutschland das an und für sich sinnvolle Bürger-Beteiligungsverfahren zu einem Verzögerungsfaktor allererster Ordnung geworden ist.

"Früher hatte die Bevölkerung weniger Möglichkeiten, Projekte zu verzögern", sagt Heinrich Bökamp, Präsident der Bundesingenieurkammer. Heute gibt es zahlreiche rechtliche Hebel für Klagen, etwa durch Anwohner oder Umweltverbände. Das führt hier bisweilen zu endlosen Aufschüben.⁴

Andere Länder zeigen, dass es schneller geht. In China werden Brücken in wenigen Tagen abgerissen und neu gebaut. Ok, in China wollen wir nicht leben. Aber auch in der EU läuft es anderswo flinker. In Kroatien wurde die Peljesac-Brücke - eines der größten EU-Infrastrukturprojekte - in nur vier Jahren fertiggestellt. In Genua wurde nach dem Einsturz der Morandi-Brücke der Neubau in weniger als zwei Jahren geplant, gebaut und eröffnet.

Deutschland hingegen verzettelt sich in Vorschriften. "Wir haben so viele und so detaillierte Regeln erlassen, dass wir aus diesen Verstrickungen nur mit immensem Zeit- und Planungsaufwand herauskommen".⁵

Vier mutige und konkrete Tipps zum Abbau der Bürokratie in Deutschland & Europa

Um der beschriebenen Regelflut entgegenzuwirken, bedarf es entschlossener Reformen. Die fordert übrigens ganz aktuell auch das Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation. „Nicht so viel regulieren, viel mehr Freiheiten geben für die innovationsrelevanten Akteure“ z.B. Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. So äußert sich der Kommissionsvorsitzende Uwe Cantner bei der Übergabe des Gutachtens an Olaf Scholz am 26.02.2026. Außerdem sollten Politikmaßnahmen stärker auf Effektivität und Effizienz hin überprüft werden: "Wir geben oftmals auf politischer Seite Geld für etwas aus, wo wir gar nicht wissen, ob das wirklich wirkt. Das ist doch sinnlos."⁶ Stimmt!

Aber dass die Kommission bzw. Herr Cantner dann im nächsten Absatz den Aufbau von zwei neuen Bundesministerien vorschlägt (für Forschung, Innovation und Technologie (BMFIT) sowie für Digitalisierung), das klingt dann wieder nach neuer Bürokratie. Bürokratieabbau durch Bürokratieaufbau – das kann nicht gutgehen, das hat noch nie funktioniert.

Darum hier vier etwas anders gelagerte Ideen:

⁴ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/infrastruktur-bruecken-102.html>

⁵ Ebd.

⁶ <https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/forschung-innovation-jahresgutachten-100.html>

1. Einführung einer zentralen Regulierungs-KI:

Eine unabhängige, fachübergreifende KI könnte künftig sämtliche neue Vorschriften zentral prüfen und koordinieren. Ziel wäre es, redundante Regelungen zu identifizieren und abzubauen, damit einzelne Behörden oder Länder nicht unkontrolliert neue Regeln einführen. Diese KI würde auch der Kritik „an der Profilierung einzelner Akteure“ Rechnung tragen, wie sie der Spiegelartikel beschreibt.

2. Reform der Anreizstrukturen im öffentlichen Dienst:

Statt Beamte für das Sammeln neuer Regelwerke zu belohnen, sollten Anreizsysteme neu ausgerichtet werden. Leistungskennzahlen müssen künftig die Qualität und Effizienz von Verwaltungsprozessen messen – und nicht die Quantität an erstellten Vorschriften. Dies würde den Drang zur „Profilierung“ deutlich dämpfen.

3. Stärkung der Bund-Länder-Kooperation und klare Zuständigkeitsverteilung:

Um den Wettstreit zwischen den Ländern zu beenden, ist es wichtig, verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine europa- und bundesweite Vereinbarung, welche Aufgaben zentral geregelt und welche auf Länderebene bleiben, kann helfen, doppelte Regelungen zu vermeiden. So wird verhindert, dass jedes Land eigenständig nach dem Motto „Je mehr, desto besser“ agiert.

4. Digitalisierung als treibende Kraft:

Moderne IT-Lösungen und digitale Plattformen können Verwaltungsprozesse nicht nur automatisieren, sondern auch transparent und effizient gestalten. Eine zentrale digitale Datenbank könnte es ermöglichen, Vorschriften in Echtzeit zu überwachen und bei Überschneidungen oder Redundanzen sofort gegenzusteuern. Dadurch ließe sich der bürokratische Ballast erheblich reduzieren. Im Prinzip wäre das auch mit Vorschlag 1. (zentrale Koordinierungs-KI) zu realisieren bzw. mit ihm zu kombinieren.

Fazit

Der Spiegelartikel liefert eindrückliche Belege dafür, dass Bürokratie in Deutschland und Europa nicht nur aus einer Vielzahl an Vorschriften, sondern auch aus einem systemimmanenten Drang zur Profilierung und zum Wettbewerb zwischen Akteuren resultiert.

Mit einer zentralen Regulierungs-KI, reformierten Anreizstrukturen, klar definierten Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern sowie einem konsequenten Digitalisierungsprogramm kann Deutschland den Weg zu einer schlankeren und effizienteren Verwaltung schaffen – und damit nicht nur Unternehmen, sondern auch den Bürgern den Alltag erleichtern.